



Liebe Leserinnen und Leser,

auf Einladung von Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin für Integration im Kanzleramt und Mitglied unserer rheinland-pfälzischen Landesgruppe, habe ich diesen Montag zusammen mit den anderen rheinland-pfälzischen Kollegen das Bundeskanzleramt besucht.

Schon von außen wirkt der Bau sehr groß, modern und nüchtern. Dieser Eindruck wird beim Gang durchs Gebäude noch verstärkt. Wir wurden durch zahlreiche Ebenen, Büros, Galerien und Säle geführt. Maria Böhmer hat ihre Büroräume im 4. Stock. Von dort hat sie einen wunderbaren Blick auf das Paul-Löbe-Haus, in dem auch ich meine Büros habe, und auf den Reichstag. Auf meine Bemerkung hin, dass sie uns Landesgruppenkollegen damit gut im Blick habe, korrigierte mich der Kollege Kaster. „Nein, nein, es ist umgekehrt. Das Parlament kontrolliert immer noch die Bundesregierung.“ Er hat Recht!

Wegen des Diplomatenempfangs der Bundeskanzlerin bewegten sich ganze Geschwader von Journalisten um das Kanzleramt. Die Sicherheitsvorkehrungen waren sehr streng, so dass wir nicht alle sonst zugänglichen Räume besichtigen konnten. Dazu bekomme ich aber demnächst Gelegenheit, wenn die Bundeskanzlerin die Gruppe der Frauen empfängt, zu der ich auch gehöre.

Der Abend klang mit einem gemütlichen Essen und den neuesten Informationen des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier aus dem Bundeskabinett, wie dem viel diskutierten Zusatzbeitrag der Krankenkassen und dem Lohnabstandsgebot, aus.

Ihre

M. Heil



Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76 423
Em@il mechthild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de

Ein Auszug meiner Termine in dieser Sitzungswoche:

- Montag, 25. Januar*
Landesgruppensitzung RLP und Saarland
- Dienstag, 26. Januar*
Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales
Parlamentskreis Mittelstand
CDU/CSU
Fraktionssitzung
- Mittwoch, 27. Januar*
Ausschuss Arbeit und Soziales
Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus
Sportausschuss
Plenarsitzung (Fragestunde und Debatte)
- Donnerstag, 28. Januar*
Gespräch mit Firmenvertreter aus dem Wahlkreis
Plenarsitzung
Gesprächskreis mit anderen Abgeordneten
- Freitag, 29. Januar*
Arbeitsgruppe Handwerk
Plenarsitzung

Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern

In dieser Woche hat uns die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen.

Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht.

Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung.

Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.

Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen.

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

In dieser Woche findet die internationale Afghanistan-Konferenz in London statt. Die Konferenz wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen. Ziel ist es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Wir erwarten wichtige Weichenstellungen für unser strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“. Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden.

Wir können unser Ziel nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Wenn aber zusätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden muss, um sie wirksam zu schützen. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.

Am Mittwochnachmittag hat die Bundeskanzlerin die Position Deutschlands für die Londoner Konferenz dargelegt und erläutert, wie wir unseren Beitrag in Afghanistan anpassen werden.

Ebenfalls am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Er wird neben einem Treffen mit der Bundesregierung auch den Auswärtigen Ausschuss besuchen. Dort haben wir die Gelegenheit mit ihm zu beraten, wie Fortschritte bei der Sicherheitslage und der Regierungsführung zu erreichen sind. Außerdem werden wir darauf dringen, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden muss. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern.

Um unsere Strategie „Übergabe in Verantwortung“ erfolgreich umsetzen zu können, ist es zudem notwendig, dass auch in der politischen Diskussion hier in Deutschland die richtigen Signale gesendet werden. Unser Einsatz darf nicht durch populistische Forderungen gefährdet werden.

Erinnerung an den Holocaust wach halten

Die Vernichtung der europäischen Juden, die mehr als sechs Millionen Menschen das Leben kostete, ist der schlimmste Massenmord in der Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertealte Tradition jüdischen Lebens in Europa zerstört. Der Holocaust das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann.

Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 werden wir morgen im Plenum eine Gedenkveranstaltung abhalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands.

Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Diese Woche im Parlament

Über die aktuelle Wirtschaftslage unterrichtet die Bundesregierung mit dem **Jahreswirtschaftsbericht 2010**. Im Jahr 2009 ging erstmalig in der Nachkriegszeit die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Die Erholung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen, allerdings nicht in dem am Anfang der Krise befürchteten Ausmaß. Das Jahr 2010 beginnt mit einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird aber zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte führen, das Ursprungsniveau wird in diesem Jahr aber nicht erreicht.

Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz werden die im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 vereinbarten nicht steuerrechtlichen Sofortmaßnahmen umgesetzt. Im Bereich der Sozialversicherungssysteme wird ein „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gespannt.

Damit sollen die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. Euro aufgestockt. Daran werden die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von rd. 23 Mio. Euro beteiligt. Zudem wird das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

Daten und Fakten

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland. Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko. Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen.

(Quelle: *Institut der deutschen Wirtschaft*)

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen

Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen. Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent.

(Quelle: *Statistisches Bundesamt*)

Spritverbrauch der privaten Haushalte rückläufig

Die Privathaushalte in Deutschland verbrauchen immer weniger Diesel und Benzin. 2008 ist ihr Kraftstoffverbrauch um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Im Vergleich zum Jahr 2000 betragen die Einsparungen sogar 5,6 Prozent. Eine Ursache für den Rückgang des Kraftstoffverbrauchs liegt in technischen Verbesserungen. Der spezifische Verbrauch verminderte sich bei den Diesel-Pkw zwischen 2000 und 2008 von 7,1 auf 6,8 Liter, bei den Benzinern von 8,5 auf 8,0 Liter je 100 Kilometer. Der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der Personenkraftwagen-Flotte nahm zwischen 2000 und 2008 von 8,3 auf 7,6 Liter je 100 Kilometer ab und verringerte sich damit um 8,3 Prozent. Weitere Gründe sind der verstärkte Umstieg von Benzin- zu verbrauchsärmeren Dieselfahrzeugen und ein seit 2007 zu beobachtender Trend zu PKW mit geringerem Hubraum. Darüber hinaus ist die Fahrleistung der Privathaushalte geringfügig gesunken.

(Quelle: *Statistisches Bundesamt*)